

Inhalt

Vorwort	17
Abkürzungsverzeichnis	19
1. Kapitel: Einführung und urhebervertragsrechtliche Grundlagen . . .	23
A. Einleitung und Problemstellung	23
B. Begriffsbestimmung und Präzisierung des Untersuchungsgegenstands	24
I. Begriff der Verträge über unbekannte Nutzungsarten	25
1. Der Nutzungsvertrag	25
2. Die noch nicht bekannte Nutzungsart	28
a. Zwei-Stufen-Test	29
b. Maßgebende Perspektive	30
II. Begriff der AGB-Kontrolle	31
C. Gang der Untersuchung	31
2. Kapitel: Die Neuregelungen zu den unbekannten Nutzungsarten . . .	35
A. Anlass und Motive der Gesetzesreform	35
I. <i>Ratio legis</i> des § 31 Abs. 4 UrhG a.F.	36
II. Die beteiligten Interessen	39
1. Urheberinteressen	40
2. Verwerterinteressen	41
3. Interessen der Allgemeinheit	41
III. Kritik an § 31 Abs. 4 UrhG a.F.	42
1. Transaktionskosten	42
2. Rechtsunsicherheit	43
3. Blockademöglichkeit	44
IV. Vorschläge zur Reform des § 31 Abs. 4 UrhG a.F.	44
1. Ersatzlose Aufhebung des Verbots	45
2. Gesonderter Vergütungsanspruch	45

3. Nordemann-Vorschlag	46
4. Kollektivrechtlicher Ansatz des sogenannten Professorenentwurfs	47
B. Die Neuregelungen im Überblick	47
C. Die Neuregelungen im Einzelnen	50
I. Anwendungsbereich des neuen Rechts	50
1. Sachlicher Anwendungsbereich	50
a. Kategorie der sogenannten Risikogeschäfte	50
b. Erfassung aller Werkarten und Werkkategorien	53
2. Persönlicher Anwendungsbereich	54
3. Zeitlicher Anwendungsbereich	55
II. Das Schriftformerfordernis nach § 31a Abs. 1 S. 1 UrhG	55
1. Anforderungen an die Schriftform	55
2. Die Schriftform bei vorformulierten Nutzungsverträgen	58
3. Rechtsfolge	60
4. Exkurs: Insolvenz des Urhebers nach wirksamer Rechteeinräumung	61
III. Widerrufsrecht nach § 31a Abs. 1 S. 2 UrhG	63
1. Zweck des Widerrufsrechts	63
2. Rechtsnatur und Rechtsfolge des Widerrufs	64
a. Rechtsnatur	64
b. Rechtsfolge des Widerrufs	65
3. Voraussetzungen des Widerrufsrechts	69
a. Widerrufsberechtigter	70
b. Widerrufsadressat	71
aa. Widerruf ohne Übertragung der Rechte an Dritte	71
bb. Widerruf bei Weiterübertragung	71
(1) Fortbestand des Widerrufsrechts	71
(2) Richtiger Erklärungsempfänger	73
cc. Widerruf bei Unterlizenzierung	75
c. Widerrufsfrist	77
aa. Grundsätzliche Fristlosigkeit des Widerrufsrechts	77
bb. Ingangsetzen einer dreimonatigen Frist gemäß § 31a Abs. 1 S. 4 UrhG	77
(1) Obliegenheit oder Pflicht zur Mitteilung	78
(2) Anforderungen an die fristauslösende Mitteilung gemäß § 31a Abs. 1 S. 4 UrhG	80
(a) Zeitpunkt und Inhalt der Mitteilung	80
(b) Form der Mitteilung	82
(c) Mitteilungsberechtigter bzw. -verpflichteter	82

(d) Versendung der Mitteilung und Nachforschungspflichten.	83
d. Ausübung des Widerrufs	84
4. Unverzichtbarkeit des Widerrufsrechts gemäß § 31a Abs. 4 UrhG	86
5. Entfall des Widerrufsrechts	89
a. Vergütungsabrede nach Bekanntwerden der neuen Nutzungsart	89
b. Vergütungsabrede vor Bekanntwerden der Nutzungsart .	92
c. Vergütungsabrede gemäß § 31a Abs. 2 UrhG bei Übertragung und Weitereinräumung der Nutzungsrechte	93
6. Beschränkung des Widerrufsrechts gemäß § 31a Abs. 3 UrhG	95
a. Gesamtheit zusammengefasster Werke oder Werkbeiträge	95
b. Angemessene Verwertbarkeit nur unter Verwendung der Gesamtheit	97
c. Kein Widerruf wider Treu und Glauben	98
7. Auswirkung der Widerrufsausübung auf die vertragliche Vergütung	100
IV. Vergütung für später bekannte Nutzungsarten gemäß § 32c UrhG	103
1. Rechtsnatur des Vergütungsanspruchs	104
2. Verhältnis zum vertraglichen Vergütungsanspruch	104
a. Unabhängige Anspruchsentstehung	105
b. Anspruchsbestand abhängig von vertraglicher Vergütung	106
aa. Notwendigkeit einer Abhängigkeit beider Ansprüche . . .	107
bb. Dogmatische Ausgestaltung: Beiderseitige Erfüllungswirkung	108
c. Verhältnis zum Anspruch nach § 32 Abs. 1 UrhG	109
3. Aufnahme der neuartigen Werknutzung als Anspruchsvoraussetzung	110
4. Haftungsübergang gemäß § 32c Abs. 2 UrhG	112
a. Nutzungsrechteübertragung gemäß § 34 UrhG	112
b. Weitereinräumung gemäß § 35 UrhG	113
c. Verhältnis zum vertraglichen Anspruch bei Zweiterwerb .	114
d. Voraussetzungen des Haftungsübergangs	115
5. Inhalt des Anspruchs	116
a. Ermittlung der Angemessenheit nach einer gemeinsamen Vergütungsregel	117
b. Ermittlung der Angemessenheit nach § 32 Abs. 2 S. 2 UrhG	118

c. Sonderfall: Substituierung einer bisherigen Nutzungsart .	122
d. Ermittlung der Angemessenheit durch einseitige Leistungsbestimmung nach billigem Ermessen gemäß §§ 315 ff. BGB	123
6. Unterrichtungspflicht gemäß § 32c Abs. 1 S. 3 UrhG	126
a. Gegenstand der Unterrichtungspflicht	127
b. Unterrichtsverpflichteter	127
c. Versendung der Unterrichtung	129
d. Rechtsfolge einer unterbliebenen Unterrichtung	130
7. Unverzichtbarkeit der Rechte aus § 32c UrhG	132
 3. Kapitel: Individualvertragliche Anforderungen an Verträge über unbekannte Nutzungsarten	135
A. Beschränkungen der Rechtseinräumung nach § 31 Abs. 1 S. 2 UrhG.	136
B. Die Zweckübertragungsregel gemäß § 31 Abs. 5 UrhG	138
I. Regelungsgehalt	139
II. Bisherige Anwendung im Bereich der unbekannten Nutzungsarten	140
1. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	141
2. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	144
3. Zusammenfassende Betrachtung	145
III. Neubewertung nach der Streichung des § 31 Abs. 4 UrhG a. F. .	147
1. Schwächung der Zweckübertragungsregel insgesamt? – das Verhältnis von § 31 Abs. 5 UrhG und § 31 Abs. 4 UrhG a. F. .	147
2. Modifizierte Anwendung des § 31 Abs. 5 UrhG bei unbekannten Nutzungsarten	149
a. Anforderung an die Bezeichnung des Nutzungsrechts . .	149
aa. Technisch bekannte Nutzungsarten	151
bb. Auch technisch (echte) unbekannte Nutzungsarten	152
cc. Fehlende Bezugnahme auf die Kategorie der unbekannten Nutzungsarten	155
dd. Zwischenergebnis	155
b. Unbekannte Nutzungsarten als Gegenstand des Vertragszwecks	156
3. Zusammenfassung	158
C. Die verfügungsgeschäftliche Bestimmtheit der Rechtseinräumung .	160
D. Exkurs: Zweiterwerb von unbekannten Nutzungsrechten	163
I. Erfordernis der Zustimmung des Urhebers	164
II. Anforderungen an den sekundären Nutzungsvertrag	166

4. Kapitel: AGB-Kontrolle von urheberrechtlichen Nutzungsverträgen . .	169
A. Bedürfnis einer AGB-Kontrolle im Urhebervertragsrecht	169
B. Anwendbarkeit der AGB-Kontrolle im Urhebervertragsrecht	171
I. Generelle Anwendbarkeit der §§ 305 ff. BGB	171
II. Sonderregeln für Arbeitsverhältnisse	174
III. Sonderregelung für Unternehmer(-Urheber)	175
1. Modifizierte AGB-Kontrolle gegenüber Unternehmern	175
2. Urheber als Unternehmer nach §§ 310 Abs. 1, 14 BGB	175
3. Folgerungen für die nachstehende Untersuchung	178
a. Keine Anwendbarkeit der Verbraucherschutzregel des § 310 Abs. 3 BGB	178
b. Erleichterte Einbeziehung der AGB	179
c. Ausstrahlungswirkung der speziellen Klauselverbote	180
4. Zwischenbefund	180
C. Die Bedeutung der Unklarheitenregelung des § 305c Abs. 2 BGB . .	181
I. Normzweck und Funktionsweise des § 305c Abs. 2 BGB	182
II. Grundsatz der objektiven Auslegung von AGB	184
III. Modifizierte Anwendung im Urhebervertragsrecht	186
1. Auslegungsgrundsätze im Urhebervertragsrecht	186
2. Verhältnis der allgemeinen bürgerlich-rechtlichen Auslegungsregeln zur Zweckübertragungslehre	187
3. Schlussfolgerung für die Anwendbarkeit des § 305c Abs. 2 BGB	190
IV. Bedeutung für die Klauseln über unbekannte Nutzungsarten . .	190
D. Verbot von überraschenden Klauseln gemäß § 305c Abs. 1 BGB . .	192
I. Objektiv ungewöhnliche Klausel und Überraschungsmoment . .	193
II. Schlussfolgerung	194
1. Ausdrückliche Hervorhebung der Rechtseinräumung	195
2. Faktisches intertemporales Recht	195
III. Exkurs: Aufklärungspflicht gemäß § 241 Abs. 2 BGB	196
E. Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB	197
I. Die Kontrollschranke des § 307 Abs. 3 S. 1 BGB	197
1. Kontrollimmunität deklaratorischer Klauseln	199
a. Funktionsweise des Schrankentatbestands	199
b. Klauseln über unbekannte Nutzungsarten als deklaratorisch i. S. d. § 307 Abs. 3 S. 1 BGB?	201
aa. Wiederholung der §§ 31a, 32c UrhG	202
bb. Konkretisierung der §§ 31a, 32c UrhG	203
c. Zwischenergebnis	206
2. Kontrollimmunität von Leistungsbeschreibungen	206

a.	Kontrollfreiheit einer Leistungsklausel mangels Kontrollbedürftigkeit	207
aa.	Ausgangspunkt: Die <i>essentialia negotii</i> als Gegenstand der Kundenaufmerksamkeit beim Vertragsschluss	208
bb.	Identifizierung der nicht kontrollbedürftigen Leistungsbestimmung im Urhebervertragsrecht	210
(1)	Der Meinungsstand in urheberrechtlichem Schrifttum und Rechtsprechung	210
(2)	Eigener Lösungsansatz	213
cc.	Unbekannte Nutzungsarten als Gegenstand der Rechtseinräumung	216
dd.	Zwischenergebnis	218
b.	Kontrollfreiheit einer Leistungsklausel mangels Kontrollfähigkeit	218
aa.	Rechtliche Maßstäbe für Leistungsbestimmungen in urheberrechtlichen Nutzungsverträgen	219
(1)	Der Meinungsstand in urheberrechtlichem Schrifttum und Rechtsprechung	219
(2)	Differenzierte Bewertung	220
bb.	Die Zweckübertragungsregel als rechtlicher Maßstab . . .	222
c.	Zwischenergebnis	225
3.	Kontrollimmunität von Preisklauseln	226
a.	Kontrollfreiheit einer Preisklausel mangels Kontrollfähigkeit	228
aa.	Die Zweckübertragungsregel als Maßstab der Vergütungsabrede?	230
bb.	Der Grundsatz der angemessenen Vergütung gemäß § 11 S. 2 i. V. m. § 32 Abs. 2 UrhG als rechtliche Vorgabe für die Vergütungshöhe?	233
cc.	§ 32c UrhG als Vorgabe für die Aufspaltung der vertraglichen Vergütung?	239
dd.	Rechtliche Maßstäbe für vorformulierte Preisvorbehalte? .	241
ee.	Zwischenergebnis	244
b.	Kontrollfreiheit einer Preisklausel mangels Kontrollbedürftigkeit	244
4.	Zusammenfassung der Ausführungen zur Kontrollimmunität	246
II.	Inhaltlich unangemessene Benachteiligung, § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB	246
1.	Funktionsweise und Kriterien der Inhaltskontrolle	246
a.	Grundsätzliche Kriterien der Inhaltskontrolle	246

b. Systematik der § 307 Abs. 1, 2 BGB	248
c. Abgrenzung zur Einbeziehungskontrolle nach § 305c Abs. 1 BGB	250
2. § 307 BGB und die Verträge über unbekannte Nutzungsarten.	251
a. § 31 Abs. 5 UrhG als gesetzliches Leitbild für die Kontrolle der Rechtseinräumung, § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB.	252
aa. § 31 Abs. 5 UrhG als gesetzliche Regelung	252
bb. Wesentliche Grundgedanken des § 31 Abs. 5 UrhG	254
cc. Abweichung	257
(1) Technisch bekannte, aber wirtschaftlich unbedeutende Nutzungsarten	258
(2) Auch technisch (echte) unbekannte Nutzungsarten	258
(3) Zwischenbefund	260
dd. Unvereinbarkeit	260
(1) Vorgaben für die Interessenabwägung	260
(2) Anwendung der Kriterien auf urheberrechtliche Rechteeinräumungen	261
(a) Abweichungsinteresse der Verwerter als Klauselverwender	262
(b) Von § 31 Abs. 5 UrhG geschützte Interessen der Urheber	263
(c) Abwägung	264
ee. Ergebnis	273
b. Unangemessene Benachteiligung durch Vereinbarung eines Preisvorbehalts	275
aa. Schwerwiegender Grund	277
bb. Tatbestandliche Eingrenzung des Preisvorbehalts	278
cc. Vereinbarter Ausübungsmaßstab	280
dd. Ergebnis	281
c. Benachteiligung durch einen unangemessen langen Leistungsvorbehalt, §§ 307 Abs. 1, 308 Nr. 1 BGB	282
aa. Kontrollunterworfenheit der Klausel	283
bb. Unangemessen lange Leistungsfrist	283
(1) Vereinbarung einer Leistungsfrist	284
(2) Unangemessene Länge	285
cc. Ergebnis	287
3. Zusammenfassung	288
F. Transparenzkontrolle gemäß § 307 Abs. 1 S. 2 BGB	288
I. Bedeutung und Funktionsweise der Transparenzkontrolle	289
1. Anwendungsbereich	289
2. Wesentliche Kriterien	290

II. Das Transparenzgebot bei Verträgen über unbekannte Nutzungsarten	290
1. Die Intransparenz der Rechtseinräumung	291
a. Gesamtgestaltung des Rechkatalogs und das Verhältnis zur Zweckübertragungsregel des § 31 Abs. 5 UrhG	291
b. Die Rechtseinräumung an unbekannten Nutzungsarten	294
aa. Abgrenzung der Transparenzkontrolle zu § 305c Abs. 1 BGB	294
bb. Systematische Stellung der Klausel betreffend die Rechtseinräumung an unbekannten Nutzungsarten	296
cc. Anforderungen an die Konkretisierung der Rechtseinräumung	297
2. Die Intransparenz der Vergütungsabrede	299
a. Flexible Vergütungsklausel	300
b. Einseitiger Preisvorbehalt	301
3. Die Intransparenz bei der Bezugnahme auf die gesetzlichen Rechte aus §§ 31a, 32c UrhG	301
a. Irreführung über das Widerrufsrecht	302
b. Irreführung über den gesetzlichen Vergütungsanspruch	303
c. Grenzen des Vollständigkeitsgebots	304
4. Heilung der Intransparenz	305
5. Zusammenfassung	306
G. § 306 BGB: Rechtsfolge der Unwirksamkeit bzw. Nichteinbeziehung	307
I. Die Bezugnahme auf die gesetzlichen Regelungen der §§ 31a, 32c UrhG	307
II. Die Rechtseinräumung	308
1. Die Nichteinbeziehung gemäß § 305c Abs. 1 BGB	309
a. Bedeutung für den Nutzungsvertrag, § 306 Abs. 1 BGB	309
b. Schließung der Vertragslücke nach § 306 Abs. 2 BGB	310
c. Festhalten am Vertrag als unzumutbare Härte, § 306 Abs. 3 BGB	312
2. Unwirksamkeit wegen ungerechtfertigter zwecküberschreitender Einräumung von Rechten an unbekannten Nutzungsarten, § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB	312
a. Geltungserhaltende Reduktion oder Abtrennung des zulässigen Klauselteils?	313
b. Schließung der Vertragslücke nach § 306 Abs. 2 BGB	314
3. Unwirksamkeit durch systematische Intransparenz	315
III. Zusammenfassung	315

Inhalt	15
<hr/>	
5. Kapitel: Schlussbetrachtung	317
A. Zusammenfassung in Thesen	317
B. Fazit	321
Literaturverzeichnis	323